

Ein Jugendfördergesetz für Berlin – Beteiligung junger Menschen sichern

Modellprojekt unterstützt durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
gefördert durch stark-gemacht der Jugenddemokratiefonds des Landes Berlin

Projektlaufzeit: 1.1.2018 – 31.3.2018
Beteiligungsphase: 24. Februar – 17. März 2018

Projektbeschreibung

Auf Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses gibt es bis Ende 2018 zum ersten Mal ein Berliner Jugendfördergesetz. Zukünftig soll dadurch die Grundlage für eine bedarfsgerechte Planung und Finanzierung in der Kinder- und Jugendarbeit gesichert werden. Ein Baustein des zukünftigen Jugendfördergesetzes sind die „Kinder- und Jugendförderpläne“. An der Entstehung dieser Kinder- und Jugendförderpläne sollen junge Menschen beteiligt werden und sicherstellen, dass die Berliner Kinder- und Jugendarbeit im Interesse junger Berliner Menschen weiterentwickelt und die Meinung von Kindern und Jugendlichen dabei berücksichtigt wird.

Fragestellung des Projekts

- Wie wollen Kinder und Jugendliche beteiligt werden?
- In welchem Rahmen, in welcher Form und
- zu welchen Inhalten ist Beteiligung vorstellbar?
- Welche Strukturen und Bedingungen benötigen Kinder und Jugendliche hierfür?

Beteiligte

Erarbeitet durch die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Berlin, Stiftung SPI

in Zusammenarbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Kinder- und Jugendparlament Charlottenburg-Wilmersdorf

Kinder- und Jugendparlament Tempelhof-Schöneberg

SJD-Falken

Freiwilliges Jahr Beteiligung FEZ

Freiwilliges Jahr Beteiligung Moabiter Ratschlag

KMA-Antenne

JFE Trapez

SOS-Kinderdorf

IJB Lichtenberg

BSA-Spandau

BUND Jugend

sowie 10 weitere junge Menschen im Alter von 8-18 Jahre aus der JFE Haus der Jugend Mitte

Methoden

- Auftaktveranstaltung mit Informationen, Hintergrundwissen und Beteiligungsabfrage
- Zwei Runde Tische mit jungen Experten zur Erarbeitung der Inhalte
- Ein Beteiligungsworkshop in JFE
- Ergebnisvorstellung und Übergabe
- Informationen auf www.mitbestimmen-in-berlin.de/Projekte/Jugendfördergesetz

Zentrale quantitative Ergebnisse

- 25 junge Menschen haben teilgenommen
- vier Samstage mit 4-5 h Arbeitszeit: erfordern hohes Engagement in der kurzen Freizeit an Wochenenden
- für die Umfänglichkeit des Themas waren drei Tage mit 5 Stunden Arbeitszeit zu knapp bemessen

Zentrale qualitative Ergebnisse

- Mit dem Modellprojekt wurden erstmalig junge Menschen in Berlin als Experte zu einer Gesetzesvorlage beteiligt und eingebunden.
- Es haben überwiegend junge Menschen, die sich freiwillig engagieren und in bestehenden Beteiligungsstrukturen eingebunden sind, teilgenommen.
- Das Wissen zu Beteiligungsstrukturen, eigenen Rechten und Möglichkeiten sind unterschiedlich und nicht vorauszusetzen.
- Die Jugendlichen wünschen sich ausdrücklich eine weiterer unmittelbar schließende Beteiligung zum Jugendfördergesetz

Zentrale Forderungen der beteiligten Jugendlichen

- ➔ Beteiligung ist gewollt und wird unterstützt - eine Partizipationskultur entsteht
- ➔ Beteiligung muss allen Kindern und Jugendlichen möglich sein
- ➔ Es gibt Klarheit über Entscheidungsspielräume
- ➔ Kinder und Jugendliche wählen für sie relevante Themen aus
- ➔ Es werden ausreichende Ressourcen zur Stärkung der Selbstorganisationsfähigkeit zur Verfügung gestellt
- ➔ Es werden Netzwerke für Beteiligung aufgebaut

Beteiligung ist gewollt und wird unterstützt – eine Partizipations- kultur entsteht

**„einladen, ermutigen,
inspirieren“**



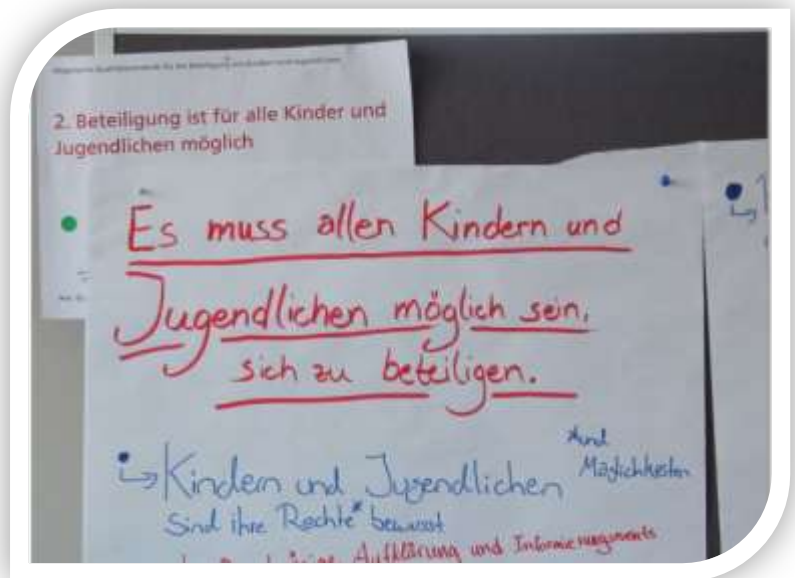
Diese interessanten und richtungsweisenden Worte machen die Positionierung und Haltung für Beteiligung deutlich. Der Wille zur Beteiligung von jungen Menschen benötigt Lebendigkeit und Leidenschaft. Die Erwachsenen und Verantwortlichen sind dabei in der Bring-Schuld.

Kinder- und Jugendbeteiligung benötigt die Stärkung und Akzeptanz durch mehr Glaubwürdigkeit und Kompetenzen in Institutionen, in der Verwaltung und Politik. Kinder- und Jugendbeteiligung in Staatlichen, teil-staatlichen Gesellschaften und Einrichtungen freier Träger bildet dafür eine wichtige Grundlage. Dadurch wird Kinder- und Jugendbeteiligung gefördert und ein Stellenwert vermittelt, der Kindern und Jugendlichen Ernsthaftigkeit im Umgang mit all ihren Themen vermittelt und Beteiligung in ihrem Lebensumfeld zugänglich macht.

Eine Grundlage dafür soll eine Selbstverpflichtung der Bezirke und des Landes Berlin sein, die Kindern und Jugendlichen einen offenen Kommunikationsprozess mit den Verwaltungen der Bezirke einfordert und eröffnet. Eine direkte Ansprache durch den Bürgermeister ist dafür empfehlenswert, der sich in neuen Formaten mit Videos, Social Media konkret den Kinder und Jugendlichen im Bezirk und im Land widmet, und den jungen Menschen gegenüber Ernsthaftigkeit, Respekt, Wahrnehmung und Motivation ausspricht.

Engagement wird durch Anerkennung gewürdigt und gestärkt, dass jungen Menschen Teilhabe ermöglicht, Zugänge erleichtert und als sinnvolle Wertschätzung im Lebensalltag und Lebensumfeld empfunden wird. Die BVG und der VBB sollen sich verpflichten für junge Menschen durch die kostenfreie Nutzung des ÖPNV die Bedingungen für Engagement zu erleichtern und mehr Freiräume und Zugänge zu ermöglichen. Partizipationsprozesse werden dadurch so gestaltet, dass sie persönlichen Zugewinn und vielfältige Mitwirkungen ermöglichen.

Beteiligung muss allen Kindern und Jugendlichen möglich sein



Berlin und seine Bezirke haben bereits mit vielen Formen der Beteiligung Erfahrung gemacht und wurden so auch mit verschiedensten Herausforderungen konfrontiert. Eine davon ist, Beteiligung für alle Kinder und Jugendliche möglich zu machen. Die meisten Formate werden von Jugendlichen aus gut gestellten Haushalten dominiert. Jene Jugendliche, die viel Zeit in die Schule investieren müssen, bleiben Partizipationsformaten oft fern und diese sehen sich mit dem Vorwurf konfrontiert, nicht für die Masse an Jugendlichen zu sprechen. Für die Zukunft müssen Strategien entwickelt werden, die Vielfalt der Kinder- und Jugendlichen bei der Beteiligung zu unterstützen. Dabei darf der Blick nicht nur auf gesellschaftlich schwächer Gestellte gerichtet werden, sondern auch auf körperlich Beeinträchtigte. Ein barrierefreier Zugang kann dabei nur ein erster Schritt sein.

Häufig scheitert die Mitbestimmung aber schon einige Schritte vorher: Die Kinder und Jugendlichen werden meistens nicht ausreichend über ihre Partizipationsmöglichkeiten aufgeklärt, folglich bleiben sie den Formaten fern. Der entscheidende Faktor ist damit das Engagement von Lehrer*innen und Betreuer*innen und nicht das Interesse der Kinder und Jugendlichen. Ein Resultat des Jugendfördergesetzes muss also sein, dass sich insbesondere die Bezirke mehr um die Vermarktung ihrer Beteiligungsformate kümmern. Dies kann beispielsweise bei Informationsveranstaltungen in Schulen oder Jugendfreizeiteinrichtungen geschehen. Dort müssen Strukturen, Ergebnisse und Methoden ausgeführt und Ansprechpartner genannt werden. Es wäre Realitätsverweigerung davon auszugehen, Kinder und Jugendliche hätten Kenntnis über ihre Mitgestaltungsmöglichkeiten, sofern diese nicht von Politik und Verwaltung nahegebracht werden. Dabei darf auf gar keinen Fall der Eindruck vermittelt werden, Partizipation erfolge per Zwang.

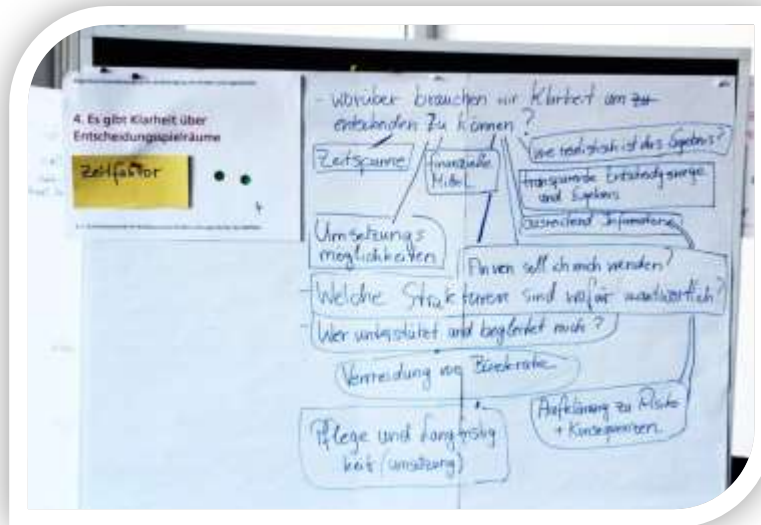
Weiter hat sich gezeigt, dass Beteiligung – insbesondere bei Jugendlichen – am besten in festen Strukturen und Institutionen funktioniert. Ein bewährtes Beispiel hierfür stellen (Kinder- und) Jugendparlamente dar, wie etwa in Tempelhof-

Schöneberg. Zudem hat sich bezüglich Kinder auch die lebensweltorientierte Projektarbeit als hilfreich dargestellt. Hier stehen Land und Bezirk in der Verantwortung, Initiative zu ergreifen und letztlich in Absprache mit den Betroffenen Formate zu schaffen. Außerdem müssen die Schulbeteiligungsformate reformiert werden; Bisher wirken sie oft demotivierend, es fehlen klare Rechte und eine funktionierende Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Ferner ist es Aufgabe von Politik und Verwaltung die verschiedenen Organisationen und Engagierten bei der Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen. Mindestens eine Vollzeitkraft wird benötigt.

Sie dürfen dann allerdings nicht davon ausgehen, alle Kinder und Jugendliche würden sich dem gewählten Format fügen. Es müssen auch Ressourcen zur Entwicklung und Durchführung von alternativen Projekten und Strukturen bereitgestellt werden, wie sie etwa mit Potse und Drugstore in Schöneberg existieren. Nur so kann Berlin für alle seine Bürger eine Heimat sein.

Schlussendlich beginnt Beteiligung aber im Kleinen: In den Jugendfreizeiteinrichtungen. Hier sollte eine demokratische Mitbestimmung bei Grund- und Leitfragen stattfinden. Damit werden Kinder und Jugendliche, unterschiedlichster Lebenswelten, an verschiedenen Orten dauerhaft eingebunden und eine Kontinuität sichergestellt.

Es gibt Klarheit über Entscheidungsspielräume



Damit eine Beteiligung an Prozessen, egal ob es politische oder andere Entscheidungen sind oder Planungen und Verfahren, insgesamt gut ist, müssen die Ziele und der Spielraum für die Entscheidungen schon von Anfang an klar und transparent sein. Am besten schon mit der Einladung sollte deutlich formuliert werden, welche Bereiche mitbestimmt und entschieden werden können und welche nicht. Wenn nicht klar ist, in welchem Bereich (mit-)entschieden werden kann und die Kinder und Jugendlichen dann Themen oder Dinge diskutieren und beschließen, die gar nicht vorgesehen waren, werden sie enttäuscht und das kann sich auch darauf auswirken, wie sie Politik und Politiker*innen sehen, welche Meinung sie zu Politik und Mitbestimmung haben und ob sie dann noch mal Lust haben, sich irgendwo zu beteiligen. Jugendliche wollen ernst genommen werden und Transparenz gehört dazu.

Alle Kinder und Jugendliche müssen wissen, an wen sie sich im Bezirk oder im Land Berlin wenden können, wenn sie Unterstützung brauchen, welche Strukturen und Ansprechpartner*innen es gibt und wer für welche Bereiche in der Verwaltung und der Politik verantwortlich ist. Sie sollten wissen, wer sie unterstützen und begleiten kann. Dazu brauchen sie Informationen, die sie leicht und einfach finden können und die verständlich formuliert sind.

Um sich gut und gerne zu beteiligen, benötigen Kinder und Jugendliche immer Informationen, die verständlich formuliert sind. Die Kommunikation sollte gleichberechtigt, das heißt für alle verständlich sein. Jedes Kind und jede*r Jugendliche muss verstehen können, worum es geht. Wenn bestimmte Zusammenhänge zu kompliziert und in Verwaltungs- oder Politiksprache dargestellt werden, dann werden vielleicht Jugendliche und Kinder ausgeschlossen. Das darf nicht passieren, da Beteiligung für ALLE offen sein muss.

Es ist wichtig, dass jemand mit den Kindern und Jugendlichen ihre Ergebnisse bespricht und vielleicht auch auf Konsequenzen und Risiken der Entscheidungen hinweist, die Kinder und Jugendliche nicht so überblicken konnten, weil ihnen Wissen oder Informationen dazu fehlten. Das bedeutet nicht, dass die Entscheidungen dann schlecht sind oder geändert werden, denn aus der Sicht der Kinder und Jugendlichen sind diese ihre Entscheidungen vielleicht trotzdem genau richtig und sie sollten bei einer Beteiligung ja ihre Sicht entscheiden und nicht die Sicht von allen anderen. Aber die Aufklärung über Risiken und Konsequenzen und darüber, wie realistisch das Ergebnis der Beteiligung ist und deshalb umgesetzt werden kann oder nicht, ist wichtig und gehört zur Transparenz.

Nach einer Beteiligung sollten die Ergebnisse zeitnah umgesetzt werden, so dass die beteiligten Kinder und Jugendlichen sehen, was ihre Beteiligung bewirkt hat und auch noch etwas davon haben. Wenn sie sehen, was sie geschaffen und geleistet haben, haben sie auch mehr Motivation für neue Beteiligungsprojekte oder sich irgendwo im Bezirk oder dem Land zu engagieren. Dazu ist es wichtig, dass ihnen schon von Anfang an auch die Zeitspannen mitgeteilt werden, wie lange die Umsetzung dauern kann, weil sie nicht wissen können, wie lange manchmal Verfahren und Planungen dauern. Das hilft Enttäuschung zu vermeiden oder das Gefühl, dass sie beteiligt wurden, aber dann nichts passiert. Hier ist es wichtig, den Kindern und Jugendlichen Feedback zu geben. Sie brauchen unbedingt Feedback dazu, welche Ideen umgesetzt werden können, wann ihre Ideen umgesetzt werden, aber auch, was nicht umgesetzt werden kann und warum das nicht umgesetzt werden kann. Nur wenn ihnen das erklärt wird, fühlen sie sich ernst genommen und dazu gehört unbedingt auch die Rückkopplung der Ergebnisse und des weiteren Verfahrens.

Bei einigen Beteiligungsprojekten würde es auch helfen, wenn den Kindern und Jugendlichen eigene finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt würden, über die sie entscheiden und mit denen sie ihre Ideen selber umsetzen können. Der gesamte Beteiligungsprozess muss also von Anfang bis zum Ende transparent und klar sein. Transparenz braucht viel Kommunikation auf Augenhöhe.

Kinder und Jugendliche wählen für sie relevante Themen aus



Damit Kinder und Jugendliche sich für sie relevante Themen entscheiden können, brauchen sie Informationen, die sie erreichen und die sie verstehen können. Gute Information über Themen, Politik, Prozesse und Entscheidungsbereiche ist also eine Voraussetzung dafür, dass sich Kinder und Jugendliche für Themen interessieren und zu einer Mitarbeit entscheiden. Dazu brauchen Kinder und Jugendliche eine Öffentlichkeitsarbeit und Informationswege, die nur für sie gemacht sind oder noch besser VON IHNEN gemacht sind und die sie erreichen. Ideen dazu sind zum Beispiel eine Kinder- und Jugendbeteiligungsseite z.B. auf Instagram für jeden Bezirk und das Land, die von Kindern und Jugendlichen gemacht werden.

Eine weitere Idee ist ein Kinder- und Jugendnachrichtendienst mit allen Informationen, die in der Welt, in Deutschland und in Berlin wichtig sind, aber in einer für Kinder und Jugendliche verständlichen und interessanten Art und Weise vermittelt werden. Gleichzeitig sollten sich die Themen auch an der Lebenswelt und Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen orientieren, damit hier auch bereits Themen für die Jugendförderpläne herausgearbeitet werden können.

Ein weiterer Vorschlag ist eine Online-Plattform zum Austausch, organisieren und Ideen mitteilen. Hier werden Projekte und Ideen vorgestellt und dokumentiert, können Mitstreiter*innen gefunden werden.

Junge Menschen sollten auch gleich von Anfang an bei der Organisation und Planung von Beteiligungsprozessen für Kinder und Jugendliche einbezogen werden, dadurch könnten mehr Kinder und Jugendliche erreicht und besser angesprochen werden. Denn sie wissen und verstehen besser, was ihre Altersgenoss*innen brauchen, damit

sie auf ein Projekt aufmerksam werden und sich angesprochen fühlen. Die frühzeitige Einbeziehung von jungen Menschen hilft, Themen verständlich zu „übersetzen“ und die nötige Niedrigschwelligkeit zu erreichen, die Kinder und Jugendliche brauchen, um sich angesprochen zu fühlen.

Eine weitere Voraussetzung dafür, dass Kinder und Jugendliche Themen finden und sich entscheiden können, sind Strukturen. Sie müssen wissen, wer Ansprechpartner oder Kontaktstelle für sie ist und mit wem sie Kontakt aufnehmen können, um Unterstützung oder Beratung zu finden. Hier hilft es auch, wenn nicht nur Erwachsene diese Beratungsfunktion haben, sondern andere Kinder und Jugendliche Beratungs- und Unterstützungsfunktion haben, die selber bereits Beteiligungs- und Engagementerfahrung haben.

Die Strukturen der Beteiligung sollten den Rahmen schaffen, in dem sich junge Menschen untereinander und zu einem Thema frei austauschen und ihre Meinung sagen können. Es sollte also einen geschützten Raum für Kinder und Jugendliche geben. Die Unterstützungsstrukturen sollten dabei helfen, regelmäßige Austauschtreffen und AGen zu organisieren, damit sich Kinder und Jugendliche nicht mit der Organisation beschäftigen müssen, sondern mit den Inhalten auseinandersetzen können.

Es werden ausreichende Ressourcen zur Stärkung der Selbstorganisationsfähigkeit zur Verfügung gestellt



Kindern und Jugendlichen werden ausreichend **Geld, Räume, Aufklärung (über Entscheidungsspielräume)**, an die Zielgruppen **angepasstes Expertenwissen und Honorarkräfte** zur Verfügung gestellt. Diese sollen ihnen ermöglichen **politisches Ansehen** zu erlangen und **Unterstützer** zu finden, die ihre **Ideen und Projekte (mit-)fördern**. Das **ehrenamtliche Engagement** von Kindern und Jugendlichen muss zusätzlich anerkannt und gewürdigt werden, sodass eine **Partizipationskultur** entsteht.

Zum **Selbstmanagement** ist eine **Satzung zur Sicherstellung** einer von Kindern und Jugendlichen **selbst entwickelten Struktur** notwendig, die von den zuständigen Honorarkräften und Stellen im Bezirk für Kinder- und Jugendbeteiligung begleitet wird.

Zu dieser Struktur zählen unter anderem ein gewisses **Zeitmanagement** und eine **Informationszufuhr**, die z.B. nach den einzelnen Interessen der Kinder und Jugendlichen aufgeteilt wird. Durch die Aufteilung der Kinder und Jugendlichen nach ihren Interessen, sind **Beteiligungsgruppen** aufzubauen, die freiwillig vernetzt sind.

Die Partizipationsprozesse sind so gestaltet, dass sie **persönlichen Wissenszugewinn** ermöglichen.

Kinder und Jugendliche sind von ihrem **Recht auf Teilhabe und Mitbestimmung** zu informieren.

Die **Verwaltung muss auf Kinder und Jugendliche zugehen** und darf nicht voraussetzen, dass Kinder und Jugendliche über ihre Partizipationsmöglichkeiten

Bescheid wissen. Eine gewisse Kooperation muss entstehen und eine Beratung in allen betreffenden Angelegenheiten von Kindern und Jugendlichen muss vorhanden sein.

Kinder und Jugendliche sind in alle Entscheidungen direkt einzubinden an denen sie Interesse hegen.

Das Engagement von Kindern und Jugendlichen muss über Ehrenamtspässe hinaus gewürdigt werden.

Kinder und Jugendliche sind nicht nur auf Bezirksebene zu beteiligen, sondern müssen **für das gesamte Bundesland sprechen können**. Um allen die Teilnahme zu ermöglichen, müssen Kinder und Jugendliche mindestens **6 Monate im Voraus informiert werden**, um die Beteiligung zu Prozessbeginn zu ermöglichen. Die Schulaufsicht hat die Pflicht sicherzustellen, dass Kinder und Jugendliche nicht von der Schulleitung daran gehindert werden, sich politisch zu beteiligen. Die Beratung durch Kinder und Jugendliche muss **gewichteten Einfluss** haben und darf nicht von einzelnen Individuen heruntergespielt werden.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen darf nicht durch Bürokratie erschwert werden.

Neben den pädagogischen Mitarbeitern sind ebenfalls **zusätzliche Mitarbeiter** für das Überwinden **bürokratischer Hürden** und Hindernisse zu Verfügung zu stellen. Hierdurch soll die Motivation der Kinder und Jugendlichen an den Beteiligungs- und Selbstorganisationsprozessen erhalten werden.

Es werden Netzwerke für Beteiligung aufgebaut



Netzwerke haben eine wichtige Rolle und verschiedene Funktionen und Aufgaben bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Netzwerke dienen der Informationsvermittlung, dem Austausch, dem Kennenlernen, der Teilhabe, der Interessenbekundung und der Organisation von Kindern und Jugendlichen.

Das zeigt schon, dass Netzwerke gute Beteiligung für Kinder und Jugendliche ermöglichen und unterstützen. Damit sie dies alles leisten können,

- brauchen sie gute und transparente Kommunikationswege und -strukturen, die alle Kinder und Jugendliche erreichen,
- sie brauchen Ressourcen, damit sie funktionieren können,
- sie brauchen Verantwortliche, die sich um die Netzwerke kümmern und ihnen auch den Rücken frei halten, so dass sie arbeiten können. Dies können auch Erwachsene und Mitarbeiter*innen in der Verwaltung sein.
- sie brauchen die Unterstützung durch die Politik, damit ihre Ideen und Ziele auch beachtet werden,
- sie brauchen Teilnehmende, auch die Teilnahme von jungen Menschen, Kindern, Jugendlichen, denn Netzwerke brauchen viele Expert*innen

Damit vor allem Kinder und Jugendliche sich vernetzen können oder in Netzwerken gut und gleichberechtigt mitarbeiten können, brauchen sie Qualifikationen. Sie sollten unbedingt durch altersgerechte Methoden und Seminare für die Partizipation qualifiziert werden. Dadurch bekommen sie Qualifikationen, die ihnen nicht nur für die Arbeit in Netzwerken sondern insgesamt viel bringen.

Um Kinder und Jugendliche für die Mitarbeit in Netzwerken als Expert*innen zu gewinnen, muss ihr Interesse geweckt werden. Dazu braucht es Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, die Kinder und Jugendliche anspricht und die sie verstehen. Die Werbung muss einladend und unkompliziert sein – genauso wie die Teilnahme. Beteiligung sollte immer – auch in Netzwerken – attraktiv und motivierend sein, dann ist auch die Bereitschaft da, sich zu engagieren und etwas zu gestalten. Die Öffentlichkeitsarbeit sollte immer generationsgerecht, also kind- oder jugendgerecht sein und auch über die Kanäle erfolgen, über die man Kinder und Jugendliche erreicht, z.B. Youtube, Videos, Plakate,

Wichtig ist aber auch, dass die Arbeit in den Netzwerken und die Beteiligungsprozesse insgesamt evaluiert und dokumentiert werden. Ein Ziel sollte immer sein, dass Netzwerke stabil und sicher arbeiten können. Wenn die oben genannten Rahmenbedingungen stimmen, können sich die Netzwerke auf die wichtige inhaltliche Arbeit konzentrieren.